

Sessionsbrief Agile – Frühjahrsession 2024

Agile ist der Schweizer Dachverband der Selbsthilfe- und Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen und vertritt die Interessen von 45 Mitgliedorganisationen. Agile setzt sich für Inklusion, Gleichstellung und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen ein.

Agile nimmt zu den folgenden Geschäften der Frühjahrsession Stellung:

Überblick

Nationalrat

Datum	Nr.	Titel	Empfehlung/ (Link zur Begründung)
29.02.	23.3673	Mo. Müller: Finanzierung der Kosten für das Dolmetschen im Gesundheitswesen	Annahme
05.03.	20.505	P.Iv: Suter: Barrierefreiheit des Live-Streams der Parlamentsdebatten gewährleisten	Annahme
07.03.	24.3004	Mo. SGK-N: Abschaffung der Alterskinderrenten und gleichzeitige Erhöhung der Ergänzungsleistungen für Eltern mit Unterhaltspflichten	Ablehnung
07.03.	24.3003	Mo. SGK-N: IFEG modernisieren. Gleiche Wahlmöglichkeiten und entsprechende ambulante Unterstützung für Menschen mit Behinderungen im Bereich Wohnen	Annahme
07.03.	23.4326	Po. SGK-N: Entwicklung der Hilfslosenentschädigung hin zu einem Betreuungsgeld. Reformbedarf und mögliche Umsetzungen	Annahme
07.03.	23.4327	Mo. SGK-N: Rückerstattungspflicht der Erben gemäss Artikel 16a ELG korrigieren	Annahme
11.03.	22.3727	Mo. Bregy: Parkgebührenbefreiung für gehbehinderte Personen (Art. 20a Abs. 1 Bst. b VRV)	Annahme
14.03.	23.3158	Po. Wyss: Statistische Erfassung fürsorgerischer Unterbringung, bewegungseinschränkender Massnahmen und von Behandlungen ohne Zustimmung	Annahme
14.03.	23.3156	Po. Wyss: Aktionsplan für mehr Rechtssicherheit bei fürsorgerischer Unterbringung, bewegungseinschränkenden Massnahmen und Behandlung ohne Zustimmung	Annahme

Ständerat

Datum	Nr.	Titel	Empfehlung
05.03.	21.4089	Mo. Lohr: Effizientere Eingliederung am Arbeitsplatz. Auch Arbeitgebende sollen Gesuche für Anpassungen am Arbeitsplatz stellen können	Annahme
05.03.	23.4333	Po. SGK-S: Definition der Rechtsstellung betreuender Angehöriger im Hinblick auf die Ausarbeitung einer Unterstützungsstrategie auf Bundesebene	Annahme
14.03	23.307	Standesinitiative: Für die Befreiung dienstwilliger Personen mit Geburtsgebrechen wie Hämophilie oder Diabetes von der Wehrpflichtersatzabgabe	Annahme

Details zu einzelnen Geschäften

Nationalrat

29.02.2024 **23.3673 | Mo. Müller: Finanzierung der Kosten für das Dolmetschen im Gesundheitswesen**

Die vom Ständerat bereits angenommene Motion verlangt die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für eine national einheitliche Vergütungspflicht von Dolmetsch-Kosten bei Gesundheitsdienstleistungen und die Festlegung der Grundsätze der Kostenübernahme, um die Verständigung zwischen Patient*innen und medizinischen Leistungserbringenden zu gewährleisten.

Empfehlung Agile: Annahme

Begründung: Wir teilen die Ansicht des Motionärs, dass für eine qualitativ hochstehende und kosteneffiziente Gesundheitsversorgung auch von gehörlosen und fremdsprachigen Personen eine Gebärdensprach-Dolmetschung respektive interkulturelles Dolmetschen wesentlich sind. Verständigungsschwierigkeiten können zu einer Fehlversorgung und damit auch zu Kosten führen, welche die Dolmetsch-Kosten übersteigen können, ausserdem erschweren oder verunmöglichen sie die Wahrnehmung der Aufklärungs- und Informationspflicht gegenüber Patient*innen.

Menschen mit Behinderungen haben generell einen eingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung (vgl. auch Abschliessende Bemerkungen des UNO-Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zum Initialstaatenbericht der Schweiz, 2022). Agile unterstützt alle Massnahmen zur Verringerung dieser Ungleichheit.

07.03.2024 **24.3004 | Mo. SGK-N: Abschaffung der Alterskinderrenten und gleichzeitige Erhöhung der Ergänzungsleistungen für Eltern mit Unterhaltspflichten**

Der Bundesrat soll beauftragt werden, die Alterskinderrenten in der AHV und der beruflichen Vorsorge abzuschaffen. Die Hinterlassenenrenten (Waisenrenten) und Kinderrenten bei Invalidität eines Elternteils sollen weiterhin gewährleistet werden, ebenso der Besitzstand von Personen mit IV-Kinderrenten, die das Referenzalter erreichen. Für Rentner*innen mit Unterhaltspflichten sollen die Ergänzungsleistungen erhöht werden.

Empfehlung Agile: Ablehnung

Begründung: Agile ist dezidiert gegen eine Spaltung der ersten Säule. Weitere Ungleichheiten sowie ein weiterer Abbau von Versicherungsleistungen müssen verhindert werden. Familien sollen für den Schutz der betroffenen Kinder und Jugendlichen keine Ergänzungsleistungen beantragen müssen, die bereits heute mit hohen Hürden und unnötigem Aufwand verbunden sind.

07.03.2024 **24.3003 | Mo. SGK-N: IFEG modernisieren. Gleiche Wahlmöglichkeiten und entsprechende ambulante Unterstützung für Menschen mit Behinderungen im Bereich Wohnen**

Die mit einer klaren Mehrheit eingereichte Motion der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-N) fordert vom Bundesrat eine Revision des Bundesgesetzes über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG) sowie der damit verbundenen Bundesgesetze. Es sollen zeitgemässe Rechtsgrundlagen geschaffen werden,

damit Menschen mit Behinderungen ihre Wohnform sowie ihren Wohnort frei und selbstbestimmt wählen können und die hierzu nötige Unterstützung erhalten. Bei der Wahl der Wohnform ist das Verhältnismässigkeitsprinzip gemäss Artikel 5 Absatz 2 der Bundesverfassung (BV) zu beachten. Der Gesetzesvorschlag sieht eine Plafonierung der Gesamtkosten pro Person im Verhältnis zu deren institutionellen Unterbringung vor, die insgesamt zu einem kostenneutralen Resultat führt.

Empfehlung Agile: Annahme

Begründung: Die Schweiz garantiert in Art. 24 der Bundesverfassung allen Menschen in der Schweiz die Niederlassungsfreiheit. Die UNO-Behinderertenrechtskonvention (UNO-BRK) verpflichtet die Schweiz dazu, Menschen mit Behinderungen gleiche Wahlmöglichkeiten bezüglich Wohnform und Wohnort wie anderen Menschen zu verschaffen. Auch die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) bekräftigt in ihrer Vision, dass die freie, selbstbestimmte Wahl des Wohnortes und der Wohnform durch Betagte und Menschen mit Behinderungen ermöglicht werden muss.

Das IFEG steht dazu in deutlichem Kontrast: Es ist auf ein Leben in Institutionen ausgerichtet und schränkt die Niederlassungsfreiheit ein. Mit der Umsetzung der Motion können längst fällige Korrekturen vorgenommen und Fehlanreize beseitigt werden, wobei diese durch einen Ressourcetransfer kostenneutral erfolgen können.

07.03.2024 **23.4326 | Po. SGK-N: Entwicklung der Hilflosenentschädigung hin zu einem Betreuungsgeld. Reformbedarf und mögliche Umsetzungen**

Das Postulat fordert einen Bericht, der aufzeigt, wie durch eine Weiterentwicklung der Hilflosenentschädigung die offene Finanzierungsfrage zur Betreuung im Alter mindestens teilweise beantwortet werden kann. Damit soll eine möglichst lange Selbständigkeit und so auch die Verhinderung von Pflege- und Gesundheitskosten erreicht respektive die Risiken für Hospitalisierungen, Heimeinweisungen und psychische Erkrankungsbilder deutlich reduziert werden.

Empfehlung Agile: Annahme

Begründung: Der Bundesrat beantragt eine Ablehnung des Postulats mit dem Argument, dass die Hilfe und Pflege von Betagten und Menschen mit Behinderungen zu Hause in die alleinige Zuständigkeit der Kantone fallen. Im Rahmen des Systems der sozialen Sicherheit und damit auch der Hilflosenentschädigung hat der Bund jedoch durchaus Einflussmöglichkeiten (vgl. auch eine neuere Studie des Büro BASS (2023)). Spitexdienste, auf welche sich die Kantone in Bezug auf den ambulanten Bereich primär stützen, fassen die finanzierten Betreuungsleistungen sehr eng. Aufgrund des ansteigenden Versorgungsbedarfs im ambulanten Bereich und zur Verhinderung von zu frühen (und teureren) Heimeintritten ist eine Prüfung von diesbezüglichen Weiterentwicklungen daher dringend angezeigt.

[→ zurück zum Überblick](#)